

Irans Präsident droht Deutschland

Rafsandschani reagiert auf „Mykonos“-Urteil/ Athen weicht von EU-Haltung ab

Der iranische Staatspräsident Haschemi Rafsandschani hat Deutschland aufgrund des „Mykonos“-Urteils mit Konsequenzen gedroht, ohne sie genau zu benennen. Im Anschluß an Rafsandschanis Auftritt beim Freitagsgebet in Teheran zogen mehrere tausend Menschen vor die deutsche Botschaft in Irans Hauptstadt. Fundamentalisten drohten dort mit einem Selbstmordanschlag, falls Bonn sich weiterhin „feindselig“ gegen Iran verhalte. Außer Griechenland riefen alle EU-Staaten ihre Botschafter aus Teheran zurück.

TEHERAN/BONN/BRÜSSEL, 11. April (dpa/afp/hll). „Deutschland hat das Herz von Millionen von Iranern und Moslems in der ganzen Welt gebrochen, und dieses Urteil wird nicht so leicht vergessen und auch nicht unbeantwortet bleiben“, sagte Rafsandschani am Freitag während einer Gebetszeremonie in Teheran. Bonn sollte sich klar sein, daß das Urteil für Deutschland schädlich ist und „welche Privilegien Deutschland in Iran verlieren wird“.

Das Berliner Kammergericht hatte in seinem Urteil vom Donnerstag die Führung Irans für die Morde an vier kurdisch-iranischen Politikern 1992 verantwortlich gemacht. Rafsandschani bezeichnete das Gericht als „Propagandaagentur“, das auch „international manipuliert“ sei. „Das Urteil wird für Deutschland und den Westen als ein schamloser Akt in die Geschichte eingehen“, sagte er zur Versammlung der Gläubigen, in deren erster Reihe als Ehrengast der in Deutschland mit Haftbefehl gesuchte Geheimdienstminister Ali Fallahian saß.

Den Abzug der meisten EU-Botschafter aus Teheran — nur Athen hatte seinen Vertreter nicht aus Iran zurückgerufen —

und die von Brüssel am Donnerstag verkündete Aussetzung des „kritischen Dialogs“ bezeichnete Irans Präsident als „nichts Neues“. Eine ähnliche Situation habe es nach der Salman-Rushdie-Affäre (1989) gegeben. „Nach einer Weile kamen dann alle (EU-Botschafter) zurück und entschuldigten sich bei uns“, sagte er.

Eine Kundgebung von rund 2000 Menschen vor der deutschen Botschaft in Teheran löste sich am Freitag nachmittag nach AFP-Angaben auf. Hossein Allah-Karam, der Führer der fundamentalistischen Gruppierung Ansar-i-Hisbollah hatte dort zuvor gesagt: „Einer von uns wird sich eine Bombe umbinden und die Botschaft in die Luft jagen, wenn Deutschland seine Vorwürfe und seine feindselige Haltung aufrecht erhält.“ Die

**Kommentar auf Seite 3,
Berichte auf Seite 2,
Dokumentation Seite 9**

Demonstranten skandierten „Nieder mit dem faschistischen deutschen Regime“.

Bonn will mit den anderen EU-Regierungen in den nächsten Wochen das politische Verhältnis zu Iran neu bestimmen. Bis dahin und mit Rücksicht auf die 530 in Iran lebenden Deutschen wolle Bonn nicht durch zusätzliche Erklärungen „Öl ins Feuer gießen“, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amts, Martin Erdmann, am Freitag. „Was wir gesagt haben, haben wir gesagt.“ Der „kritische Dialog“ mit Iran bleibe „bis auf weiteres“ ausgesetzt. Welcher Zeitraum darunter zu verstehen ist, mochte Erdmann nicht beantworten. Für die SPD verlangte Günter Verheugen

„eine vollkommene Neubewertung der Beziehungen zum Iran“. Der Iran-Experte der CDU/CSU im Bundestag, Ruprecht Polenz, forderte eine Weisung der Bundesregierung an die Justiz, um weitere Ermittlungen gegen Irans Staatsführung zu verhindern. „Die Konsequenzen aus dem ‚Mykonos‘-Urteil müssen politisch und nicht durch weitere juristische Schritte gezogen werden“, sagte er.

Der in Paris lebende Führer der schiitischen Gemeinschaft in Europa, Mehdi Ruhani, verlangte nach dem „Mykonos“-Urteil die Ablösung des iranischen Religionsführers Ali Khamenei und von Präsident Rafsandschani. Der Prozeß in Berlin habe klar gezeigt, „daß die wirklichen Verantwortlichen, die Auftraggeber des Terrorkommandos, die Führer der Islamischen Republik Iran waren“. Mit dem Mordbefehl hätten sie auch gegen islamisches Recht verstoßen und könnten nicht als Gerechte, wie es der Koran erfordere, betrachtet werden. „Damit haben sie ihre Legitimität verloren“, meinte Ruhani.

Die USA reagierten mit Befriedigung auf das deutsche Gerichtsurteil. Das US-Außenministerium sprach von einem „Sieg“ beim Bemühen, Deutschland zu einer härteren Linie im Umgang mit Iran zu bringen. Rußland kündigte an, nicht auf Distanz zu Iran gehen, sondern seine „guten Beziehungen“ auszubauen.

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) begrüßte das Urteil. Seit Jahren seien iranische Dissidenten unter Umständen gestorben, die nahelegten, daß sie von „Agenten der iranischen Regierung“ getötet worden seien. Die Frau des iranischen Schriftstellers Faradsch Sarkuhi rechnet nach dem Urteil mit Repressalien gegen ihren Mann.

D/R/S · Samstag, 12. April 1997, Nr. 85

Seite 2 · Frankfurter Rundschau

AA000261